

HEUTE IN DER TAZ



TOR Wieso der Videobeweis bei der Fußball-WM überfällig ist > SEITE 19

USA Weshalb die New Yorker nicht ins neue 9/11-Museum gehen wollen > SEITE 13

BERLIN Warum der Konsum von Alkohol und Cannabis genauso wie das Grillen zum Görlitzer Park passt > SEITE 22, 23

Foto: dpa

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Die bisherigen Fraktionschefs des Europaparlaments haben am Dienstag vereinbart, dass sich Jean-Claude Juncker eine Mehrheit suchen soll. Allerdings hat ihm keiner verraten, wo man eine Mehrheit findet. Liegen die in Brüssel (oder Straßburg) auf der Straße rum? Kann man die pflücken? Muss man die gleich kaufen oder kann man sich auch eine ausleihen? Und was kostet das? Fragen über Fragen, auf die vermutlich nicht mal Bonse eine Antwort weiß, geschweige denn dass Juncker eine hätte. Also was tun? Ja? Nein? Weiß nicht? Das Beste wird sein: Die Sache einfach

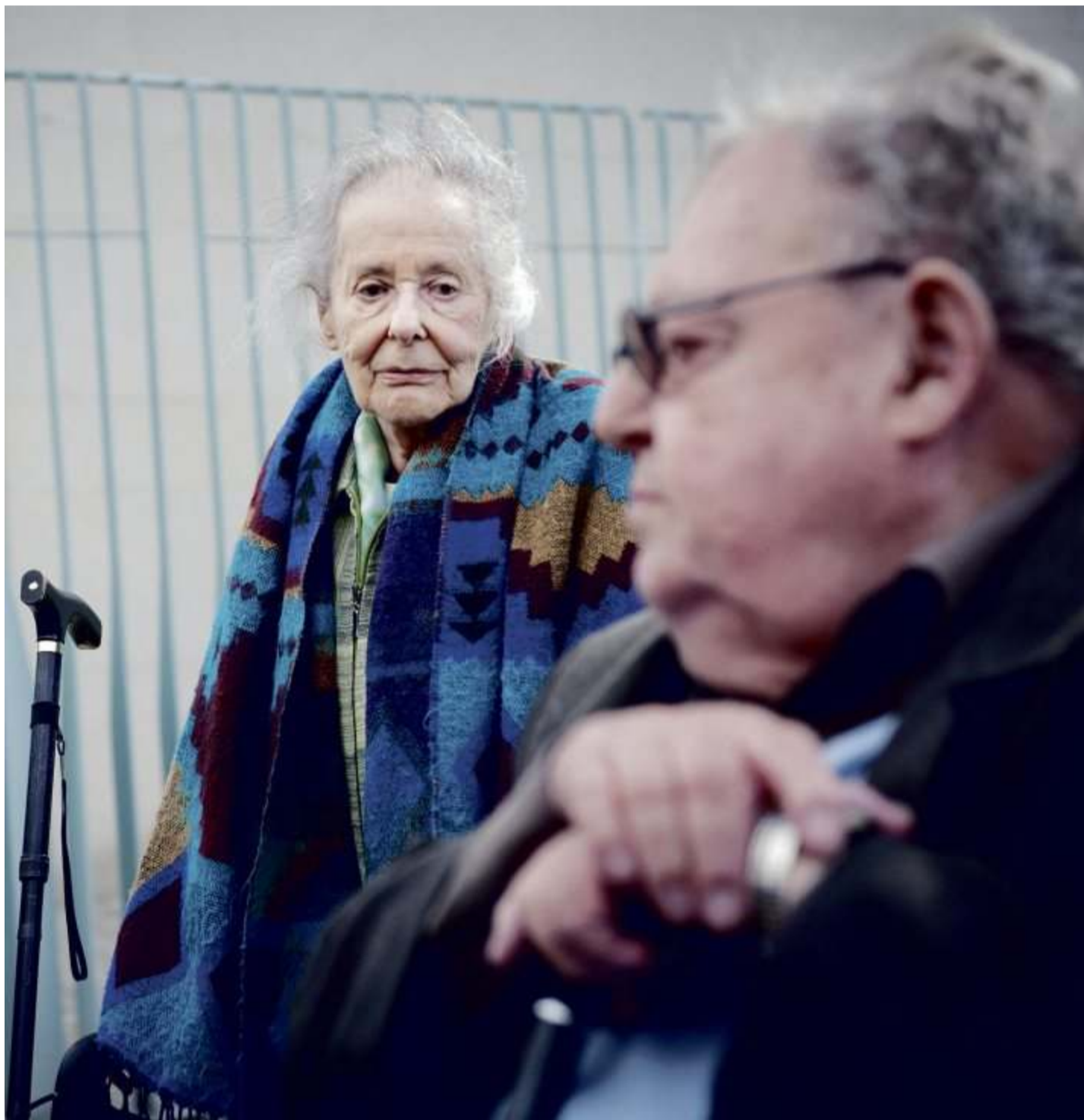
Angela Merkel überlassen.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 13.752 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 251 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de twitter.com/tazgewitscher facebook.com/taz.kommune

Ein deutsches Lehrstück

SYRIEN Zwei Holocaustüberlebende werben zusammen mit Kunstaktivisten im Kanzleramt für die Aufnahme von syrischen Kindern – und treffen auf deutsches Beamtenum. Das Protokoll eines Gesprächsversuchs > SEITE 4, 5



Durften 1939 per Kindertransport nach Großbritannien flüchten: Inge Lammel (90) und Kurt Gutmann (87) vor dem Kanzleramt Foto: Ruben Neugebauer

KOMMENTAR VON ULRICH SCHULTE ZUM BILDUNGSPAKET

Seltsame Prioritäten

In kaum einem Politikfeld ist die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit so grotesk wie in der Bildungspolitik. Kanzlerin Angela Merkel rief persönlich die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Unions- und SPD-Politiker sind sich einig, dass es nichts Wichtigeres gebe als gut finanzierte Kitas, Schulen und Universitäten. Schlaue Kinder sind ja unsere Zukunft! Was von solchen Versprechen übrig bleibt, zeigt das jetzt verabredete Bildungspaket der Großen Koalition.

Entscheidend ist zunächst, was das Paket nicht regelt. Union und SPD fehlt der Mut, das absurde Kooperationsverbot abzuschaffen. Egoistische Kleinstaaterei wird also auch künftig das Schulwesen regieren, arme Länder werden auch künftig ihre Schulen schlechter ausstatten müssen. Welche Bildung ein Kind genießt, hängt somit vom Zufall ab, nämlich dem Ort der Geburt.

Die 6 Milliarden Euro, die Union und SPD nun versprechen, sind schön gerechnet. Denn das Paket verschiebt Summen lediglich, statt sie aufzustoßen. Zwar war überfällig, dass der Bund den Ländern die BAföG-Finanzierung abnimmt. Ju-

gendlichen aus armen Familien ein Studium zu ermöglichen, ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Leider dürfen die Bundesländer aber in Eigenregie entscheiden, was sie mit den frei werdenden Etats anstellen. Gerade für die hoch Verschuldeten ist die Versuchung groß, Haushaltslöcher zu stopfen. Ein Effekt, der absurd wäre, ihre Schulen brauchen das Geld am dringendsten.

Die Investition ist zudem längst nicht so kühn, wie die Koalition behauptet. Ein paar Milliarden Euro mehr, das ist ein peinlicher Kleckerbetrag für die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Allein für die Rettung der Commerzbank stellte der Staat während der Finanzkrise über 16 Milliarden Euro bereit. Die Koalition, gerade Merkels Union, lügt, wenn sie so tut, als fehle das Geld. Einerseits weigert sie sich, über eine Vermögensabgabe Millionäre stärker zu belasten. Andererseits duldet sie, dass überforderte Lehrer 30 Schüler und mehr unterrichten. Das sind seltsame Prioritäten für eine selbst ernannte Bildungsrepublik.

> Der Tag SEITE 2
 > Bildung SEITE 18

Viele Tote bei Offensive in Donezk

UKRAINE Armee erobert Flughafen der Separatistenhauptstadt

DONEZK/KIEW rtr/afp/dpa | Die ukrainische Armee greift nach den Wahlen gegen die Separatisten im Osten des Landes durch. Bei Kämpfen in der Industriemetropole Donezk wurden nach Darstellung der Rebellen seit Montag mehr als 50 ihrer Kämpfer getötet. Der Bürgermeister der Millionenstadt sprach von 40 Toten, darunter zwei Zivilisten.

Die Sicherheitskräfte erobern den Flughafen von Donezk zurück, den die Separatisten erst am Montag besetzt hatten. Bodentruppen der Armee wurden von Kampfjets, Militärhubschraubern und Fallschirmjägern unterstützt. Beide Seiten bestätigten am Dienstag, der Flughafen sei wieder vollständig unter Regierungskontrolle.

Reporter in einer Leichenhalle im Zentrum von Donezk sahen 20 Tote in Kampfmunition. Auf der Straße zum Flughafen waren von Kugeln durchlöchernde und blutverschmierte Lastwagen zu sehen, mit denen die Separatisten Kämpfer transportiert hatten.

Der am Sonntag mit großer Mehrheit gewählte neue ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte nach seinem Wahlsieg die Separatisten als Banditen bezeichnet, die den Osten des Landes in ein „Somalia“ verwandeln wollten und mit denen er nicht verhandeln. Russlands Präsident Wladimir Putin forderte ein „sofortiges Ende“ des Militäreinsatzes und einen „Dialog“.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist seit Montagabend ohne Kontakt zu einem Beobachterteam. Die vier Beobachter seien zuletzt auf einer Patrouillenfahrt bei Donezk gewesen, teilte die OSZE am Dienstag in Wien mit.

> Ausland SEITE 11

ANZEIGE

Diktatorinnen. Männer & Katzen. Anal Plugs. Minipferde. Intimfrisuren. Lisa Simpson. Poledancing. Floßbau. Väterinnen. Sexarbeit. Angela Davis. Flüchtlingsfrauen. Gaga-Feminismus.

Nur einige der Themen aus unseren letzten Ausgaben.

M I S S Y
 MAGAZINE

Für Frauen. Ohne Scheiß. Jetzt abonnieren.





Flüchtlinge

10.000 jüdische Kinder nahm Großbritannien kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs auf und rettete sie vor dem KZ

„Das muss man prüfen“

Personen:
Kurt Gutmann, 87, Holocaustüberlebender
Inge Lammell, 90, Holocaustüberlebende
Philipp Ruch, 33, Theaterregisseur
John Kurtz, 43, Künstler
Beamtin
Beamter
Georg Streiter, 58, Stellvertreter Regierungssprecher
Ort und Zeit: Ein kleiner Konferenzraum im Bundeskanzleramt zu Berlin. Der 16. Mai 2014.

DOKUDRAMA Nach einer Politguerilla-Aktion werden Künstler und Holocaustüberlebende ins Bundeskanzleramt geladen. Doch ihre Appelle für mehr Humanität in der Syrienkrise verpuffen: Die Beamten und ihre vier Gäste sprechen nicht dieselbe Sprache. So erinnern sich die Besucher an das Gespräch im Amtssitz von Angela Merkel

Kurt Gutmann: Ich denke, Frau Lammell und ich wissen beide sehr genau, dass wir den humanistischen Kräften in Großbritannien unser Leben verdanken. Die haben sich dafür eingesetzt, 1938 10.000 Kinder aus Deutschland herauszuholen. Hätten mein Bruder und ich nicht die Möglichkeit gehabt auszureisen, hätten wir unweigerlich das Schicksal unserer Mutter erleiden müssen, das KZ. Wir sind sehr dankbar, auch weil damals in Großbritannien hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Und wir haben natürlich alles getan um zu helfen, das nazistische Gedankengut aus den Köpfen der Deutschen herauszuholen. Ich habe mich freiwillig beim britischen Militär gemeldet und bin später nach Deutschland zurückgekehrt.

Inge Lammell: Meine Schwester und ich konnten mit den Kindertransporten ausreisen. Mein Vater war schon Ende 1938 ins KZ gekommen, seitdem versuchte man uns Kinder in Sicherheit zu bringen. Das war damals nur mithilfe von jüdischen Organisationen möglich, die Kontakt zu Quäkern hatten. Fremde Leute haben jüdische Kinder aufgenommen und sich für sie verbürgt, bis sie selbstständig arbeiten konnten. Phänomenal! In England bin ich zunächst zur Schule gegangen, was ich in Deutschland seit der achten Klasse ja nicht mehr durfte. Danach habe

ich eine Ausbildung als Säuglingspflegerin und als Kindergärtnerin gemacht und gearbeitet. Nach dem Krieg kehrte ich nach Deutschland zurück, weil ich wissen wollte, was mit meiner Familie passiert ist. Meine Eltern wurden im Februar 1943 nach Auschwitz deportiert. In Berlin habe ich an der Humboldt-Universität Musikwissenschaften studiert und über jüdisches Leben in Frankfurt geforscht.

Georg Streiter: Nun sind Sie ja heute wegen einer anderen Angelegenheit hier.

Lammell: Na ja, ich weiß halt wie es ist, Flüchtling zu sein. Als gleichwertiger Mensch akzeptiert, statt als „nutzloser“ Flüchtling behandelt zu werden. Deshalb finde ich es so wichtig, dass viel mehr junge Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen werden, dass sie zur Schule gehen, einen Beruf erlernen und arbeiten können. Es sieht ja nicht so aus, als könne man in Syrien bald wieder friedlich leben. Das reiche Deutschland sollte vor allem Kinder und Familien aufnehmen. Das ist der Grund, warum ich heute hier bin.

Beamter: Hmmhmm.
Gutmann: Bei mir ist es ähnlich. Ich hatte als junger Soldat zwei Erlebnisse, bei denen ich mit zwei jungen deutschen Frauen tanzen gegangen bin. Und jemand der mich aus der Vergangenheit gekannt haben muss, ist in der Pause auf die beiden Frauen losgegangen – es war schon 1945 – und er hat gesagt: Wissen Sie, dass das eine Rassenschande ist ...

Beamter unterbricht: Ich habe das gelesen.

Gutmann: Ich wollte etwas tun, um dieses Gedankengut aus den Köpfen zu kriegen. Ich selbst wurde als deutscher Jude in Schottland sehr gut behandelt. Deutschland sollte mehr verfolgte Menschen, insbesondere Kinder, aufnehmen. Menschen, die den Wunsch haben, aus Syrien nach Deutschland zu kommen, denen sollte dieses auch gewährt werden.

Lammell: Es darf nicht heißen, diese Einwanderer sind lästig und nehmen Deutschen Arbeitsplätze weg. Dafür müssen wir uns einsetzen.

Streiter: Ja, äh, ich will das jetzt gar nicht beurteilen, aber ich glaube, das ist ein vernünftiges Anliegen. Unser Fachpersonal wird Ihnen hier mal erklären, was wir so tun, denn vieles wissen Sie vielleicht gar nicht. Die Regierung tut mehr, als die meisten Menschen denken. Leute wie Sie glauben, es würde nicht ausreichen. Deshalb setzen unsere Fachreferenten Sie mal in Kenntnis. Und vielleicht sind Sie nach unserer Ausführung ja auch ein bisschen beeindruckt.

Beamtin: Also, ganz kurz zur humanitären Hilfe: Die Bundesregierung stellt für die vielen Flüchtlinge in den Nachbarländern Hilfe bereit. Seit 2012 ist eine halbe Milliarde Euro aus Bundesmitteln über die VN-Organen gelaufen. Ein Teil davon auch direkt nach Syrien über NGOs aus Deutschland und aus anderen Ländern ...

Beamter: VN steht für Vereinte Nationen. Ja haha, (allgemeines Gelächter)

Beamtin: Ja, Entschuldigung, Vereinte Nationen. Also, es gibt ja

in Syrien Menschen, die nicht mehr in ihren Dörfern leben können, weil ihre Häuser nicht mehr stehen, weil Kriegshandlungen vollzogen werden. Deshalb versucht die Bundesregierung die Menschen im Land selbst weiterzuversorgen. Besonders wichtig ist der Bundesregierung, dass Kinder zur Schule gehen können. Kinder verlieren Zeit für ihre Ausbildung, während sie in diesen schrecklichen Aufenhaltsorten, wie Flücht-

lingslagern, leben. Also versucht die Bundesregierung den Schul- aufbau in Lagern zu fördern. Zudem legt die Bundesregierung großen Wert darauf, dass Kinder, die in dieser Flüchtlingssituation sind, wieder spielen lernen.

Beamter: Wir sehen, man kann Kinder nicht, wie es in Ihrem Fall gewesen ist, einfach aus den Familien rausholen. Deswegen ver-

sucht man natürlich, vor Ort viel zu machen. Auch das Flüchtlingshilfswerk UNHCR sagt, dass das die sinnvollerer Maßnahmen sind.

Ruch: Der sehnlichste Wunsch vieler Syrer ist es, wieder in ihr Heimatland zurückzukehren.

Beamter: Ja, eben. Unabhängig davon haben wir Aufnahmeprogramme beschlossen. Dabei geht es um zwei Kontingente von je 5.000 Flüchtlingen, also 10.000 seit Kriegsbeginn. Außerdem haben wir weitere 37.000 Flüchtlinge in Deutschland, die als Asylbewerber kamen. Und die sind quasi schon aufgenommen. Wir schicken niemanden zurück nach Syrien.

Ruch: Also, um die Relationen zu verstehen: Wie viele Bewerbungen hatten Sie beim zweiten Kontingent, also auf 5.000 Plätze?

Beamter: Laut UNHCR kriegen wir keine Bewerbungen ...
Ruch: Ich meine, die Menschen in Deutschland mit syrischen Wurzeln, die ihre Familien zusammenführen wollen. Laut einer Anfrage sind das 76.000 Menschen, die Anträge gestellt haben, um jetzt nach Deutschland einzureisen. 76.000 Anträge auf 5.000 Plätze! Stimmt das mit Ihrem Stand überein?

Beamter: Das kann ich Ihnen überhaupt nicht sagen, die Spezialisten hier im Hause ...
Ruch: Aber ...

Beamter: Darf ich ausreden? Wir sind im Kanzleramt zwar zustän-

dig, haben aber gar keine Spezialisten, die solche Aufnahmeprogramme koordinieren. Die sind im Innenministerium. Deswegen kann ich Ihnen das nicht bestätigen, weil ich deren Zahlen nicht kenne.

Ruch: Also sollen wir jetzt vor die Hauptstadtspresse treten und sagen: Das Kanzleramt weiß noch nicht einmal, wie viele Anträge es auf die 5.000 Plätze gab? Welchen Run?

Beamter: So wie mir das Verfahren beschrieben worden ist, läuft das zusammen mit dem UNHCR vor Ort. Es werden Flüchtlinge überprüft und ausgesucht. Wenn sie Familie hier haben, ist das natürlich von Vorteil. Und bei dem ersten Kontingent sind das fast 50 Prozent. Das UNHCR und die Regionalregierungen in Jordanien und im Libanon haben davor gewarnt, einzelne Kinder aus dem Familienzusammenhang zu reißen. Und bei denen bedeutet Familie nicht nur Mutter, Vater, Kind, sondern auch Onkel, Tante und Onkel dritten Grades ...

Ruch: Genau das wünschen sich diese beiden Menschen hier ja von ihnen: Familien nicht aus-

mächtige Menschen. Sie haben hier in Berlin das politische Steuer doch in der Hand. Wir verstehen einfach alle vier nicht, wo das Problem ist, warum werden diese Anträge nicht bewilligt?

Beamter: Sie haben mir ja überhaupt nicht zugehört. Wir haben Ihnen erklärt, wenn man Kinder isoliert ...

Ruch: Wir reden nicht von Kindern, sondern von Anträgen. Die können überhaupt nicht von Kindern gestellt worden sein.

Beamtin: Darf ich diesen Artikel mal sehen?

Ruch: Klar. (überreicht das Dokument)

Beamtin: Was sollen das für Anträge sein? Asylanträge?

Ruch: Nein, Bewerbungen auf die Kontingente

John Kurtz: Es gibt sogar Familiennachzugsanträge, die in den Ländern gestellt werden. Also was genau ist das Problem? Ich war vor drei Wochen in Aleppo. Ich kann Ihnen gerne etwas Bombenschutz auf den Tisch schütten.

Beamter: Die Frage ist, was sie damit erreichen wollen?

Ruch: Wir haben 10 Millionen Flüchtlinge in der Region, wir ha-



Foto: Ruben Neugebauer

Inge Lammell
■ 90. Bei den Verhaftungen der Reichspogromnacht wurde ihr Vater in das KZ Sachsenhausen verschleppt, ihre Eltern wurden später im KZ Auschwitz ermordet. Lammell und ihre Schwester Eva kamen 1939 mit anderen jüdischen Kindern und Jugendlichen mit einem Kindertransport nach Großbritannien. Sie wurden von Lehrerinnen in Sheffield aufgenommen. Lammell zog 1943 nach London, wo sie der KPD beitrug. 1947 kehrte sie nach Berlin zurück. (cja)

einanderzureißen, sondern zusammenzuführen.

Beamter: Ob es gut wäre, Kinder mit so unterschiedlicher Kultur und Religion einzeln hierherzuholen, ohne etwas für ihre Familien zu tun, darüber lässt sich streiten.

Ruch: Was glauben Sie, wie fürchterlich das für jüdisch-orthodoxe Familien 1938 war. Niemand von uns will das. Die Geschichte der Kindertransporte ist die Geschichte der Zerstörung deutsch-jüdischer Familien!

Beamter: Sie können sich darauf verlassen, dass die Bundesregierung alles tut, was möglich ist.
Ruch: Wenn die Bundesregierung 76.000 Anträge auf dem Tisch hat, von Menschen, die aus Syrien einreisen wollen, gibt es kein Argument der Welt, warum wir diesen Menschen keine Einreisegenehmigung bewilligen können. Erklären Sie mal, warum das nicht geht. Sie sind sehr

„Sie können sich darauf verlassen: wir tun alles, was möglich ist“

BEAMTER IM BUNDESKANZLERAMT

ben die größte humanitäre Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg und die Bundesregierung und auch Sie tun vielleicht sehr viel, aber was tun wir im Vergleich zu Staaten wie der Türkei, Libanon oder Jordanien, die alle schon Millionen syrischer Flüchtlinge aufgenommen haben?

Beamter: Da sind wir aber dabei, wenn die die aufnehmen. Mit Milliarden sind wir dabei.

Ruch: Ja, da sind wir dabei. Aber 76.000 Anträge, die raus aus Syrien und zu ihren Familien nach Deutschland wollen, warum kann man die nicht zusammenführen?

Beamter: Ich habe ja schon versucht, es Ihnen zu erklären. Es geht primär darum, den Leuten vor Ort zu helfen. Das hilft ihnen mehr, als sie in einen fremden Kulturkreis zu schicken.

Ruch: Aber die wollen doch raus!
Beamter: Wissen Sie, wie viele Anträge andere Länder haben?

Ruch: Was spielt das für eine Rolle? Vergleichen Sie sich mit anderen europäischen Ländern, bevor Sie entscheiden, was Sie tun?

Streiter: Der Eindruck, den sie erwecken, ist ja, dass hier Leute sitzen, die einfach nichts tun.

Ruch: Nein, Gott bewahre.

Lammell: Aber man kann halt noch mehr tun!
Beamter: Die Bundesrepublik Deutschland ist hier in Europa, neben Schweden das Land, das am meisten tut.

Ich teile mir die taz mit 13.700 anderen.
Mehr als 13.700 Genossinnen und Genossen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung. Wer einen Anteil von 500 €* zeichnet, kann GenossIn werden.
geno@taz.de
T (030) 25 90 22 13
*auch in 20 Raten zahlbar

www.taz.de/genossenschaft

Zwei, die auf diese Weise den Holocaust überlebten, appellierten jetzt an die Bundesregierung: Nehmt mehr Kinder aus Syrien auf



Wie wär's denn mit diesem Kind? Dorothee Krüger vom Zentrum für politische Schönheit moderiert in der „Flüchtlingszulassungsstelle“ die Show „1 aus 100“ Foto: J. Kosowska

Die Hyperrealisten

INTERVENTIONEN Kommunikations-Guerilla in Sachen Menschenrechte: Zentrum für politische Schönheit

BERLIN taz | Spektakulär und nie ganz uneitel sind die Aktionen des „Zentrums für politische Schönheit“ (ZPS), eines Zusammenschlusses von Aktionskünstlern, Menschenrechtlern und Kreativen. Auf den Bundestag verübten sie einen „Thesenanschlag“, auf die Eigentümer der Waffenschmiede Krauss-Maffei-Wegmann setzten sie ein Kopfgeld von 25.000 Euro aus, ihre Panzerfabrik wollten die Aktivisten mit einem Betonsarkophag stilllegen. Ihre Aktionen, bei denen Inszenierung der Beteiligten nie zu kurz kommt, bezeichnen sie gern als „Hyperrealität“: eine Art Pre-Enactment des Wünschenswerten.

Mitte Mai teilten die Aktivisten mit, für die Bundesregierung ein Aufnahmeprogramm für 55.000 syrische Kinder gestartet zu haben, und suggerierten, für das Familienministerium tätig zu sein. Eine dazugehörige Internetseite trug das Ministeriumslogo. Darauf fanden sich Bilder von Kindern, die ein Foto der Ministerin Manuela Schwesig in Händen halten. Die Aktivisten waren nach eigenen Angaben in Aleppo und „haben direkt mit Kindern gedreht“. Schwesig wies jede Beteiligung an dem Projekt zurück, verzichtete aber auf rechtliche Schritte. Die Bundesregierung lud die Aktivisten und zwei Holocaustüberlebende zu einem Gespräch ins Kanzleramt ein.

Parallel errichtete das ZPS in der Berliner Friedrichstraße eine sogenannte Flüchtlingszulassungsstelle und hielt eine „Große Abendshow „1 aus 100““ ab. Dabei konnte das Publikum darüber abstimmen, welches syrische Kind von der deutschen Bundesregierung gerettet werden soll.

Die Aktion bezog sich auf die Ausreise von über 10.000 jüdischen Kindern, die kurz vor Kriegsende meist aus dem Deutschen Reich nach Großbritannien gebracht wurden. Oft waren sie die einzigen aus ihren Familien, die den Holocaust überlebten.

CHRISTIAN JAKOB



Foto: Ruben Neugebauer

Kurt Gutmann

■ 87, wurde im Juni 1939 von seiner jüdischen Mutter, die später von den Nazis ermordet wurde, mit einem Kindertransport nach Schottland geschickt. In Großbritannien traf er auf deutsche Antifaschisten, in Lockerbie wurde er von der britischen Armee ausgebildet, doch vor seinem ersten Einsatz endete der Krieg. Mit seiner Rückkehr nach Deutschland wollte er seiner „Pflicht zum Aufbau eines antifaschistischen Deutschlands“ gerecht werden. (cja)

Beamter: Diese Anträge haben nur Aussicht auf Erfolg, wenn man zunächst die Kontingente erhöht. Und wie vorhin schon gesagt, wird sich die IK vermutlich damit befassen.

Ruch: Die werden am 12. Juni 5.000 beschließen. Das wissen Sie genau. Was ich seit einem halben Jahr in Syrien sehe, da kann ich nur sagen: Das werden uns diese Kinder niemals in ihrem Leben verzeihen. Dass wir hier sitzen und uns damit zufriedengeben, auf irgendwelche Bundesländer zu warten.

Beamtin: Das nehmen wir mit auf den Weg. Ist angekommen.

Gutmann: Wir bitten darum. Man darf nicht nur an die Meinung an den Biertischen denken, sondern man muss auf die Menschen einwirken, damit sie für das Schicksal der Menschen, die es nötig haben, sensibilisiert werden. Es gab auch Kräfte in Großbritannien, die gar nicht damit einverstanden waren, dass uns damals geholfen wurde. Aber wir haben diese Meinung positiv beeinflussen können. In dem Dorf, in dem ich Zuflucht fand, galt ich als „feindlicher Ausländer“. Aber wie warm wir aufgenommen wurden, wie verständnisvoll! Die einfachen Menschen, wenn sie mit solchen Dingen konfrontiert werden, sind sehr aufgeschlossen.

Beamtin: Wir wollen eigentlich nur sagen, dass es in der Angelegenheit der syrischen Flüchtlinge verhältnismäßig schnell geht, gemessen an der sonstigen Geschwindigkeit des Apparats.

Ruch: Dann möchte ich abschließend sagen, wie lange es gedauert hat, bis die ersten Kinder nach Harwich gekommen sind. Die Reichspogromnacht war am 9. November. Bereits am 6. Dezember darauf wurden die ersten Kinder verschifft. Ein atemberaubendes Tempo, was sämtliche Historiker der Forschung zu dieser Zeit bestätigen. Ich würde Sie bitten, das immer im Hinterkopf zu behalten. Für die Zukunft.

Streiter: So, wir verabschieden uns. Ich komme aus der PR-Branche und wenn ich eines gelernt habe: sprechen hilft immer!

„Man kann sich doch mit der Stimmung nicht zufriedengeben“

KURT GUTMANN, EXFLÜCHTLING

glaube, Sie haben die Schwere der Ebene noch nicht ganz verstanden.

Ruch: Ich befasse mich seit 6 Monaten mit nichts anderem als mit Syrien.

Beamtin: Ja, sie sollten sich auch einmal mit der Bundesrepublik befassen. Man kann große Probleme nicht immer von heute auf morgen lösen.

Ruch: Wir sind der größte EU-Mitgliedsstaat. Und wir haben auch schon aus der Geschichte heraus die moralische Pflicht zu helfen, und zwar mehr als alle anderen.

Beamtin: Es hört sich so an, als seien Sie der Einzige, der diese moralische Pflicht verstanden hat.

Ruch: Haben Sie sie denn verstanden?

Beamtin: Ich denke schon, das können Sie ja daran sehen, was hier geschieht. Es geht eben nur nicht so, wie Sie es sich denken.

Ruch: Also, zum Abschluss eine Frage: Was passiert jetzt mit diesen 76.000 Anträgen?

Beamtin: Die muss man sich angucken und prüfen.

Ruch: Also mit anderen Worten: Die landen im Papierkorb.

Ruch: In Europa. Aber verglichen mit der Großzügigkeit in der Region ...

Beamtin: Ja, in der Region, aber die können sich das natürlich auch nur leisten, weil sie massiv unterstützt werden. Wir helfen in der Türkei, in Jordanien.

Ruch: Ich rede von den 76.000, die Ihnen vorliegen.

Beamtin: Mir liegt überhaupt kein Antrag vor.

Ruch: Also, Sie wissen von nichts?

Beamtin: Der Bund kann keine Flüchtlinge aufnehmen. Aber auf der nächsten Innenministerkonferenz (IK) wird man sich damit befassen.

Lammel: Wer legt das denn nun fest?

Beamtin: Das Problem ist, dass der Bund kein eigenes Land hat. Die Bundesländer müssen das entscheiden. Es stimmt natürlich, wir haben in Syrien eine besonders schwere humanitäre Krise, aber wir haben auch noch andere Flüchtlingszahlen. Da muss man aufpassen, dass man die Städte nicht überfordert.

Ruch: Sie sind der Meinung, dass die Aufnahme von 76.000 Flüchtlingen über unsere Kapazitäten gehen würde?

Beamtin: Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Menschen hier willkommen sind.

Ruch: Also, wir haben während des Völkermordes in Bosnien 350.000 Menschen aufgenommen. Ich habe in der Zeit nicht

gemerkt, dass das Land zusammenkrachen würde. Und jetzt, bei 76.000, sollen wir Rücksicht nehmen auf das Empfinden der Alten und Rentner?

Beamtin: Wir können überhaupt keinen aufnehmen, nur die Länder ...

Ruch: Aber da muss der Bund doch Vorgaben machen.

Beamtin: Es ist eine Frage der Balance. Wir hatten jetzt auf das Jahr gerechnet 1.000 Anträge mehr auf dem Tisch.

Ruch: Das spiegelt ja nur die explosive Lage in Syrien wider.

Beamtin: Wir haben ja gerade gesagt: Asylanträge werden durchgewinkt.

Lammel: Was kann die Bundesregierung hier tun? Wie viel Einfluss hat die Regierung auf die Länder?

Beamtin: Sie kann appellieren. Aber die Angelegenheit ist sehr kompliziert. Die Regierung bespricht sich mit den Ländern. Jedes Land hat seine Interessen und seinen jeweiligen Haushalt. Und wird von unterschiedlichen Parteien regiert.

Gutmann: Sie müssen doch Einfluss nehmen darauf, dass in der Bevölkerung die Stimmung gegenüber Flüchtlingen positiv ist. Man kann sich doch mit der Stimmung, wie sie derzeit in Teilen vorhanden ist, nicht zufriedengeben. Da muss man als Regierung doch vorangehen.

Beamtin: Wir verstehen unter Vorangehen etwas anderes. Ich